

DVS Update

Zur Umsetzung der strategischen Schwerpunkte

Verwaltungen bieten Leistungen digital an, um den Menschen das Leben zu vereinfachen. Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) schafft den Rahmen dazu. Sie fördert Projekte, die einen grossen Nutzen für die gesamte Verwaltung, die Bevölkerung und die Wirtschaft versprechen. Diese Projekte bilden die Agenda DVS bzw. den Umsetzungsplan DVS. Das Ziel: Die gemeinsame Umsetzung der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Nachfolgend ein Einblick in aktuelle Vorhaben.



«Cloud-enabled-Government» ermöglichen



Studie untersucht Alternativen zu M365 und Konsequenzen bei einem Wechsel

Die Studie «Alternativen zu M365 und Konsequenzen bei einem Wechsel» liefert Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in der öffentlichen Verwaltung eine faktenbasierte Grundlage, um Fragen eines Wechsels von Microsoft 365 (M365) auf eine Alternativlösung informiert zu beantworten. In Auftrag gegeben wurde sie durch die Geschäftsstelle der DVS, im Sinne einer Anschlussstudie auf die im Mai 2025 publizierte Studie «Second Source» der Arbeitsgruppe Cloud Governance und Workplace der DVS.

Die Studie zu Alternativen zeigt, dass ein Wechsel möglich, aber komplex ist. Dies weil es sich nicht um den blossen Austausch einer Produkt-Suite handelt, sondern um den möglichen Übergang von einem breit integrierten Ökosystem zu einer modulareren Lösungslandschaft. Dieser kann sowohl mit höheren Kosten als auch mit einer möglichen Einbusse bei den Funktionalitäten verbunden sein. Den Verwaltungseinheiten wird empfohlen, die Fragen strukturiert in der eigenen Organisation zu prüfen und dabei nicht nur Produkte, sondern auch Ökosysteme, Abhängigkeiten, Betriebsmodelle und organisatorische Auswirkungen einzubeziehen.

→ [Link zur Studie](#)



Neuer Zeitplan für die Einführung der e-ID und der Vertrauensinfrastruktur

Die Einführung der e-ID wird nicht wie angekündigt Ende 2026 möglich sein. Grund für die Verzögerung sind neuste Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz, die zusätzliche Herausforderungen für den Online-Ausstellungsprozess mit sich bringen. Damit der Datenschutz und die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer gewährleistet bleiben, sind Weiterentwicklungen nötig. Diese Weiterentwicklungen brauchen Zeit. Lösungsansätze werden derzeit in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamtes für Justiz erarbeitet. Das genaue Datum der Einführung steht noch nicht fest. Die für die e-ID notwendige Vertrauensinfrastruktur soll ihren Betrieb

voraussichtlich im ersten Halbjahr 2027 unabhängig von der Einführung der e-ID aufnehmen können.

In Zusammenarbeit mit der Allianz Digitale Inklusion Schweiz wird die digitale Inklusion bei der Einführung der e-ID auf nationaler Ebene begleitet und koordiniert, beispielsweise zur Befähigung unterschiedlicher Zielgruppen. Voraussichtlich ab Ende Oktober 2026 stehen Kantonen und Gemeinden zudem Informationsmaterialien wie Faktenblätter, Erklärfilme oder Gesprächsleitfäden für Schalterpersonal zur Verfügung.

→ [Weiterführende Informationen zum Zeitplan e-ID](#)



Vorstudie zur Übersicht vorhandener digitaler Nachweise in der Vertrauensinfrastruktur

Voraussichtlich im ersten Halbjahr 2027 soll die Vertrauensinfrastruktur für die e-ID bereitstehen. Damit kann ab diesem Zeitpunkt die Vertrauensinfrastruktur von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie von Privaten für die Ausstellung von elektronischen Nachweisen genutzt werden. So beispielsweise für die Ausstellung des elektronischen Führerausweises. Was zu diesem Zeitpunkt sinnvoll wäre, ist eine zentrale Übersicht, mit der Fachleute in den Verwaltungen unter anderem prüfen können: Welche digitalen Nachweise existieren bereits in anderen Verwaltungen? Sind sie wiederverwendbar und besteht Abstimmungsbedarf? Diese Informationen liegen zwar in Basis- und Vertrauensregistern der Vertrauensinfrastruktur vor, sind aber nicht miteinander verknüpft und auch nur von Maschinen lesbar. Der geplante «Swiss Ecosystem Discovery Catalog»

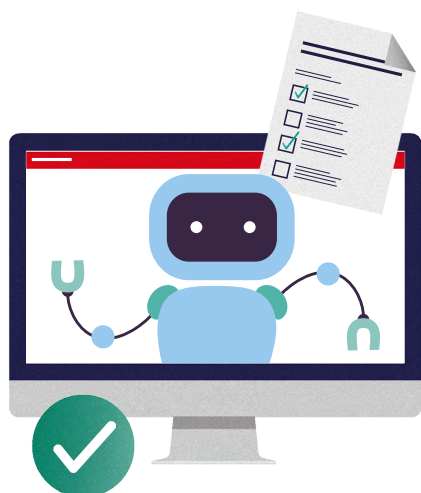
– eine Übersicht als Ergänzung zur Vertrauensinfrastruktur – soll diese Lücke schliessen. Die DVS-Arbeitsgruppe iSVC (inhaltliche Standardisierung Verifiable Credentials) hat dazu eine Vorstudie beauftragt, die im Sommer 2026 erschien. Sie richtet sich in erster Linie an technische Umsetzende und klärt die Vision, die Governance und das Design eines solchen Katalogs. Mit der Vorstudie hat die Arbeitsgruppe wichtige Vorarbeiten für eine mögliche Initialisierung der Entwicklung des Katalogs geleistet. Dadurch können konkrete Anwendungsfälle schneller umgesetzt werden und die e-ID-Vertrauensinfrastruktur ihren gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen entfalten.

→ [Zur Vorstudie \(auf Englisch\)](#)
→ [Zusammenfassung der Vorstudie](#)





Wertschöpfende Datennutzung fördern



Entscheidungshilfe für KI-Schulungen für Organisationen des öffentlichen Sektors verfügbar

Um KI gewinnbringend und sicher einzusetzen, stehen den Verwaltungen auf dem Markt zahlreiche Schulungsangebote zur Verfügung. Ein neuer praxisorientierter Leitfaden hilft Verwaltungen dabei, den internen Bedarf an KI-Schulungen zu definieren, zu priorisieren und in konkrete Schritte zu überführen. Die Entscheidungshilfe unterstützt dabei, strategische Ziele mit passenden Schulungsformaten zu verknüpfen – und Zielgruppen sowie Inhalte gezielt aus-

zuwählen. Sie legt den Fokus auf Prinzipien und Entscheidungslogik, nicht auf eine Liste von Schulungsangeboten – um auch zukünftig aktuell zu bleiben. Kantonale Fachpersonen aus der Vertiefungsgruppe AI Capacity Development des Koordinationsgremiums für Datenwissenschaft & KI (einer Arbeitsgruppe der Digitalen Verwaltung Schweiz) haben den Leitfaden entwickelt.

→ [Zur Entscheidungshilfe](#)

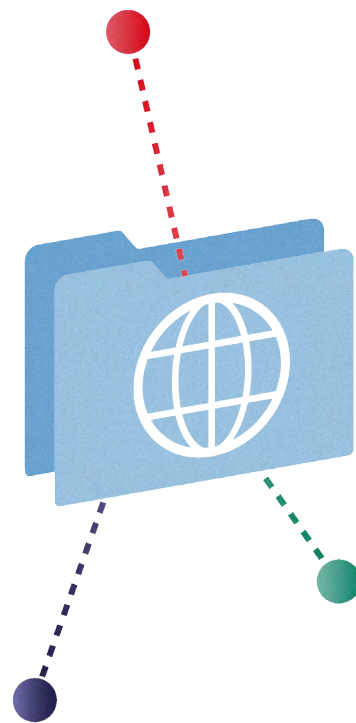


Wertschöpfende Datennutzung fördern

Online-Reporting-Portal für die Mehrfachnutzung von Daten aus der Sozialhilfestatistik lanciert

Im Rahmen der Modernisierung der Sozialhilfestatistik wurde ein Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten geschaffen, unter gemeinsamer Leitung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren und dem Bundesamt für Statistik. Daten der Sozialhilfestatistik können damit erstmals konsistent, vergleichbar und zeitnah über alle föderalen Ebenen hinweg genutzt werden: Die berechtigten Personen in den Gemeinden, Kantonen, Bundesstellen sowie ausgewählte weitere Stakeholder erhalten einen gesteuerten Zugang zu Kennzahlen für die politische und strategische Steuer-

ung. Datenlieferanten profitieren von Funktionen für Qualitätsmonitoring und vom Zugriff auf harmonisierte Daten. So entsteht den Verwaltungen eine Grundlage für eine verstärkt datenbasierte Steuerung. Das Projekt zeigt beispielhaft, wie föderales Datenmanagement durch Harmonisierung und kooperative Governance so gestaltet werden kann, dass Mehrfachnutzung, Vergleichbarkeit und datenbasierte Steuerung nachhaltig ermöglicht und gestärkt werden.





One-Stop-Government realisieren

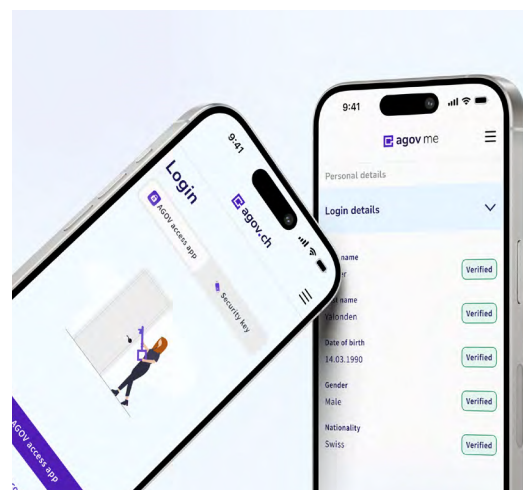
Behörden-Login AGOV verzeichnet mehr als zwei Mio. Nutzendenkonten

Rund zweieinhalb Jahre nach seiner Lancierung hat das Behörden-Login AGOV Anfang August 2026 die Marke von zwei Millionen Nutzendenkonten überschritten. 16 Kantone, einzelne Gemeinden und Städte, darunter Zürich, bieten AGOV als einfachen und sicheren Zugang zu Behördenleistungen wie bspw. der Steuererklärung an. Die Zunahme der Accounts ist auch auf die laufende Umstellung des CH-LOGIN auf AGOV zurückzuführen. Die verbleibenden rund 2,7 Millionen CH-LOGIN-Konten des Bundes wechseln bis voraussichtlich Ende 2027 auf das neue

Behörden-Login. AGOV wird unterdessen laufend nutzerfreundlicher und vor allem auch sicherer gemacht. Im Rahmen des laufenden Bug-Bounty-Programms, das ethische Hackerinnen und Hacker nach Schwachstellen im System forschen lässt, konnten Sicherheitsrisiken erkannt und behoben werden.

AGOV ist ein Vorhaben der föderalen Zusammenarbeitorganisation Digitale Verwaltung Schweiz in der Umsetzungsverantwortung der Bundeskanzlei.

→ www.admin.agov.ch



Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ist eine Zusammenarbeitsorganisation von Bund und Kantonen als Träger und mit dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband als Partner. Die DVS gestaltet die strategische Steuerung, sie koordiniert und fördert die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen. Sie ist seit 2022 operativ tätig. Basis bildet eine öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung.

Ihre Ansprechpersonen

Dr. Peppino Giarritta

Beauftragter von Bund und Kantonen
für die Digitale Verwaltung Schweiz
peppino.giarritta@digitale-verwaltung-schweiz.ch
058 464 79 21

Vanessa Eugster

Leiterin Kommunikation und Gremien

vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch
058 461 60 45